



Katholiken: Nicht nur vor rechter Gewalt warnen



[Nicht unterzeichnet](#) hat die römisch-katholische Kirche die vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) initiierte „Erklärung gegen Rechtsextremismus“. Die Katholiken hatten den Wunsch geäußert, „den Extremismus in seiner ganzen Breite wenigstens zu erwähnen“, teilte der Leiter des Katholischen Büros in Mainz, Bernhard Nacke (Foto), mit.

Seiner Ansicht nach gibt es eine ähnliche Gewaltbereitschaft bei Rechtsextremen, Linksextremen und Islamisten.

Und dass Gewalt von allen Extremisten ausgeht, ja [viel häufiger von Linken](#) als von Rechten, dürfte sogar Kurt Beck bekannt sein. Aber linke Gewalt ist gesellschaftlich akzeptiert, ob nun Polizisten verprügelt oder Autos angezündet werden. Die Linken finden immer Fürsprecher. Wir haben angestrengt nur nach rechts zu schauen und gefälligst auf dem linken Auge blind zu sein. Linke Gewalt ist gute Gewalt, wird

schon Gründe haben.

Das Papier wurde Ende Mai von mehr als 30 Vertretern von Religionsgemeinschaften, Wirtschaft, Kultur, Sport und ehrenamtlichen Initiativen in Mainz unterzeichnet. Darunter waren der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider (Düsseldorf), und die Präsidenten der Evangelischen Kirche der Pfalz und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Eberhard Cherdron (Speyer) und Prof. Peter Steinacker (Darmstadt). Schneider begründete die Unterzeichnung der Erklärung „Gemeinsam stark gegen Rechtsextremismus – für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz“ damit, dass Nationalismus und Fremdenhass christlichen Überzeugungen widersprüchen. Cherdron sagte, „neben dem klaren und entschiedenen Nein zu allen rechtsextremen Bestrebungen“ sei es „notwendig, dass gerade junge Menschen Perspektiven für ihr zukünftiges Leben gewinnen. So werden sie weniger anfällig für rechtsextreme Parolen sein“.

Auch die CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag hatte Bedenken, CDU-Landeschef Christian Baldauf unterschrieb dennoch brav, ebenso wie der FDP-Fraktionsvorsitzende Herbert Mertin und der DFB-Präsident Theo Zwanziger. Denn wer nicht unterschreibt, läuft schließlich Gefahr, als Sympathisant der Rechtsextremen diffamiert zu werden.